Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittag außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6 durch die Post und durch Colporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 90 Pf. Postzeitungsliste Nr. 7848.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkthätige Bevölkerung.

Mit der illustrirten Beilage „Die Neue Welt“.

Inseratengebühr beträgt für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 15 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Morgens 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 156. Donnerstag, den 8. Juli 1897. 8. Jahrgang.

Socialdemokratie und Landtagswahlen.

II.

Die ganz erheblichen Schwierigkeiten, die sich unseren Parteigenossen bei der Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen in Folge der auf die Beeinflussung wirthschaftlich abhängiger Personen raffinirt zugeschnittenen Wahlbestimmungen entgegenstellen, werden drastisch von einem ungenannt gebliebenen Parteigenossen dem „Vorwärts“ geschildert und daraus die Unmöglichkeit hergeleitet, aus eigener Kraft etwas zu erringen. Es heißt in der Zuschrift u. A.:

„Auf die öffentliche Stimmabgabe ist oft genug hingewiesen worden. Der Verfasser dieser Zuschrift ist Partei-Angestellter und ihn genirt es allerdings in keiner Weise, seine Parteizugehörigkeit vor aller Welt freilich zu Protokoll zu geben. Vielleicht kümmern sich auch viele Leser in denjenigen Großstädten nicht darum, in denen die Socialdemokratie eine große, fest zusammengefügte Masse bildet. Jedoch entbindet dieser Vorzug Einzelner nicht von der Rücksichtnahme auf die Hunderttausende draußen im Lande, die sich gewiß nicht scheuen, vor Thron, Altar und Geldsack sich zu ihrem politischen Ketzerthum zu bekennen, wenn wirklich Großes für die Partei und für sie selber auf dem Spiele steht, die man aber um leerer Phantastereien, um unüberlegter Einbildungen willen in diese Lage wahrhaftig nicht leichtherzig bringen soll. Wer es öfter vor Gerichten in der Provinz mit angesehen hat, welchen hilflosen Schrecken zuweilen die Frage des Vorsitzenden hervorruft: ob der Zeuge etwa Socialdemokrat sei — der wird Niemanden ohne Noth in eine ähnliche Bedrängniß versetzen wollen. Der Trost, daß die Behörden und Unternehmer nur mit außerordentlicher Mühe über die Abstimmung sich informiren könnten, gilt eben doch nur für die Großstädte. Für das ganze platte Land genügt die öffentliche Stimmabgabe, uns jede Möglichkeit des Erfolges auch in der dritten Klasse von vornherein abzuschneiden. Hier hätte es gar keinen Sinn, die Massen erst ins Feuer zu bringen durch Aufstellung socialdemokratischer Wahlmänner-Candidaturen.

Werden ferner selbst in den großen Industriecentren die Wahlmänner neben den Urwählern immer aufzutreiben sein? Bekanntlich wird in Preußen für die Wahl der Landtags-Abgeordneten nicht nur jeder Wahlkreis, sondern jede größere Gemeinde in eine Unzahl kleiner „Urwahlbezirke“ zerhackt. Jeder solcher Bezirk soll mindestens 750 bis höchstens 1749 Einwohner umfassen, es finden sich also in ihm kaum mehr wie 200 bis 400 erwachsene Männer. Der Wahlmann muß nun nicht nur dem Wahlkreise im Allgemeinen angehören, er muß vielmehr genau in den paar Häusern des Urwahlbezirks wohnen. „Die Wahlmänner werden in jeder Abtheilung aus der Zahl der stimmberechtigten Urwähler des Urwahlbezirks gewählt“ (§ 18 Verordnung vom 30. Mai 1849). Hier würde selbst die ausgebildetste Parteiorganisation unserer Industriestädte in Dutzenden und Hunderten von „Bezirken“ versagen; selbst wo wir noch auf Wähler trotz der öffentlichen Stimmabgabe in leidlich hoffnungerweckender Zahl rechnen könnten, würden wir oft genug keine Wahlmanns-Candidaten haben.

Denn man gebe sich keinen Illusionen darüber hin, daß nicht jeder Urwähler einfach zum Wahlmann zu brauchen oder bereit zu finden sei. Einmal wird die Partei von ihrer Seite aus verlangen müssen, daß ihr der Candidat bekannt sei und sich bereits unter den Genossen ein gewisses Vertrauen erworben habe; Jeden, der sich anbietet, können wir doch nicht zu einem immerhin verantwortungsvollen Ehrenamt annehmen. Doch das nebenbei. Entscheidend ist, daß die Wahlmänner in der Lage und bereit sein müssen, nicht nur den Tag der Urwahlen, sondern auch den der endgiltigen Abgeordneten-Wahlen zu opfern und nach dem oft weit entfernten, schlecht verbundenen Wahlort zu reisen. Aber wenn das Alles überwunden ist, so werden die folgenden Schwierigkeiten sehr selten zu überwinden sein:

Die Wahl der Abgeordneten erfolgt abermals, indem der „nach der Reihenfolge des Verzeichnisses aufgerufene“ Wahlmann an den zwischen der Wahlversammlung und dem Wahlcommissar aufgestellten Tisch tritt und den „Namen desjenigen nennt, dem er seine Stimme giebt. Den vom Wahlmann genannten Namen trägt der Protokollführer neben den Namen des Wahlmanns in die Wählerliste ein, wenn der Wahlmann nicht verlangt, den Namen selbst einzutragen“ (§ 27 Reglement vom 18. September 1893.) Von dem hierbei zu Grunde liegenden Verzeichniß bestimmt ferner der § 24 desselben Reglements:

Der Wahlcommissar stellt ein nach Kreisen, obrigkeitlichen Bezirken oder in sonst geeigneter Weise geordnetes Verzeichniß der Wahlmänner seines Wahlbezirkes auf und veranlaßt, daß dieses Verzeichniß durch Auslegung in den Geschäftslocalen der Landräthe sowie der Magistrate (Gemeinde-Verwaltungsbehörden) der einen eigenen Kreis oder Wahlbezirk bildenden Städte, und durch Abdruck in zu amtlichen Publikationen dienenden Blättern veröffentlicht wird.

Hierdurch wird offenbar der ganze, in das Blaue hinein errichtete Kunstbau aller unserer Wahlprojectmacher ganz und gar über den Haufen geworfen. Wir schreien über die schwarzen Listen, etwa der Maifest-Theilnehmer, der Unternehmer, und hier sollen wir unsere zuverlässigsten Genossen selber, Häuserviertel um Häuserviertel, auf die Liste setzen, damit der Landrath die Liste öffentlich auslegt und die Gemeindeverwaltung sie in allen Blättern an die große Glocke hängt! Schon jede der früher angeführten Bestimmungen riß immer ein neues Loch in das Netzwerk unserer Partei, das bei den Reichstagswahlen so eng geknüpft ist, daß es auch die weniger entschlossenen Arbeiter und Kleinbürger festhält. Die letzterwähnte Vorschrift schlägt aber dem Faß den Boden aus. Nur in ganz außergewöhnlichen Fällen können wir — wohlgemerkt: immer nur in der dritten Klasse — damit rechnen, daß ein solcher Wahlapparat bis zum Schlusse auch für uns klappern kann. Mehl wird er selbst dann für uns kaum geben.“

Ganz entschieden gegen die Wahlbetheiligung sprach sich in einer Berliner Parteiversammlung auch Genosse Liebknecht aus. Nach ihm hat eine Unterstützung entschieden liberaler Candidaturen gar keinen Zweck. Wo sei denn überhaupt eine wirklich liberale Partei heutzutage? Die Grenze zwischen dem capitalistischen und wirklich liberalen Bürgerthum sei gar nicht zu finden, und beide bildeten mit dem feudalen Junkerthum und dem ultramontanen Pfaffenthum „eine einzige reactionäre Masse“, mit welcher das Proletariat nichts, aber auch nichts gemein haben dürfe. Der Liberalismus sei gar nicht im Stande, die Macht des Junkerthums zu brechen, das beweise seine ganze Geschichte; eine solche Aufgabe könne und werde nur die Socialdemokratie lösen. Sollte denn die socialdemokratische Partei sich selbst desavouiren? Sie sei doch keine Partei „Drehscheibe“, die 1893 so und 1897 so denke und handle! Was sei denn Besonderes passirt, was eine solche Frontveränderung bedinge? Nichts, rein gar nichts, das Junkerthum habe heute nicht mehr Macht als früher, und die reactionären Unterdrückungsversuche seien heute nicht gefährlicher wie zur Zeit des Socialistengesetzes, der Umsturzvorlage. Eine Betheiligung der Socialdemokratie an den Landtagswahlen würde die taktische Einheit der Partei vernichten, würde die strenge Parteidisciplin lockern und die Wähler nur verwirren. Die Socialdemokratie sei, wie England, am stärksten ohne Bundesgenossen, jeder Compromiß sei eine Gefahr. Ja, wenn noch ein praktischer Erfolg für die Partei in Aussicht stände! Dann würde auch er einer Aenderung der Parteitactik nicht abhold sein; aber das sei eben nicht der Fall. Unter „diesem“ Wahlrecht sei es unmöglich, Socialdemokraten in das preußische Abgeordnetenhaus zu bringen. Je schärfer im Uebrigen die heutigen Gegensätze zwischen Reichstag und Landtag werden, desto besser für die Socialdemokratie. „Für den Reichstag, das Product des demokratischen Wahlrechts, wollen wir kämpfen, den Landtag aber verfaulen lassen“, so schloß Liebknecht seine Rede.

Eine wesentlich andere Stellung nimmt zu dieser Frage Genosse Ignaz Auer ein in einem Artikel, den er im „Vorwärts“ veröffentlichte: Er knüpft seine Betrachtungen an die Verhandlungen und den Beschluß des Kölnischen Parteitages von 1893 an, der bekanntlich im Endergebniß lautet: Pflicht der Parteigenossen in Preußen sei, sich jeder Betheiligung an den Landtagswahlen unter dem jetzt bestehenden Wahlsystem zu enthalten.

Haben sich nun, so fragt Auer, seit dem Kölner Parteitag die Verhältnisse in Preußen derart geändert, daß sich eine grundsätzliche Schwenkung unserer Partei gegenüber dem Dreiklassenwahlsystem daraus rechtfertigen läßt? Hierüber müsse noch vor dem Parteitag in Hamburg allseitig Klarheit geschaffen werden. Der Zweck, um dessen Willen eine Schwenkung vollzogen werden solle, nämlich die Junkerherrschaft im preußischen Parlamente zu brechen, sei selbstverständlich jedem Parteigenossen sympathisch; es frage sich also nur, wie das zu erreichen sei. Kaum setzte die Discussion darüber ein, als auch schon die Anzelegenheit durch das Hineintragen eines neuen Gesichtspunktes complicirt worden sei. Erst hieß nämlich die Losung: „Zurückdrängung der Junkerherrschaft“, dann aber wurde gesagt, unsere Theilnahme an den Landtagswahlen erfolge „in erster Linie“ zu dem Zwecke, „um socialdemokratische Propaganda zu machen.“

Bei durchaus sachlicher Betrachtung der Dinge kommt Auer zu dem Schlusse, daß die preußischen Landtagswahlen schwerlich den Boden für socialdemokratische Propaganda abgeben können und werden, abgesehen von allen — noch nicht widerlegten — Gefahren der Compromißwirthschaft. Genosse Auer kommt also zu folgendem Ergebniß:

Von einem selbstständigen Kampfe an den Sieg kann gar keine Rede sein. Daß aber bei der wirthschaftlichen Abhängigkeit der großen Mehrzahl unserer Anhänger und bei der brutalen Unterdrückungs- und Vergewaltigungssucht des größten Theiles unserer Gegner die öffentliche Abstimmung

---

Helene.

Roman in drei Büchern von Minna Kautsky.

29] Nachdruck verboten.

„Ja, er weiß auch, daß Gedrucktes einen Inhalt hat“, versicherte Rina.

„Nicht immer“, bemerkte Ostrowski.

„Nun, er giebt ihm wenigstens einen, und während er in den Büchern blättert, erzählt er sich lange Geschichten vor, die darin stehen könnten.“

„Du bist ja ein famoser Junge; da, ich liefere Dir den Spencer aus“, und Ostrowski übergab dem Kleinen das Buch, der damit vergnügt zum Fenster lief und es auf den daselbst befindlichen Sessel niederlegte.

Tania hatte sich zuerst eine Cigarette angezündet und nun ahmten die Uebrigen ihrem Beispiele nach.

Sie hatte die kleinen Füße wieder heraufgezogen und lehnte sich in das Kissen zurück, in der lässigen Stellung des dolce far niente. Ihr Haar erschien auf dem weißen Polster rabenschwarz und bauschte sich hoch in dichten Partieen um dieses kleine Gesichtchen, dessen leidender Zug in diesem Augenblick der Ruhe einen mehr schmachtenden Ausdruck erhielt.

In zwei Fingern hielt sie gar zierlich ihre Cigarette, die sie von Zeit zu Zeit an den Mund führte, um einen Zug zu thun, und dann in Absätzen den Rauch langsam vor sich hin zu blasen.

Da ward an die Thüre geklopft, zwei kurze und harte Schläge ertönten.

„Das ist Atschin“, sagten Alle. „Entrez.“

Ein schlanker, mittelgroßer Mann trat herein, es war Atschin.

Er begrüßte Alle mit einem „Guten Tag“ und warf dann seine Mütze bei Seite.

Ostrowski bot ihm seinen Stuhl an, er aber schwang sich auf die Commode und blieb vorgebeugt sitzen, mit hohler Brust und aufgezogenen Schultern. Er war ein Kleinrusse, ein körperlich schwächlicher und unschöner Mensch, aber wer dies Kosakengesicht mit den tiefliegenden Augen, von gewaltigen Brauen beschattet, einmal gesehen hatte, konnte es nicht so leicht wieder vergessen.

Er war noch jung, aber die niedere Stirne zeigte Falten und sein zerwühltes Haar, wie sein kurzgeschnittener Vollbart waren von Silberfäden durchzogen. Die grausame Behandlung in dem Gefängniß von Kiew hatte ihre Schuldigkeit gethan; er erkrankte daselbst und kam in das Hospital. Von dort war es ihm gelungen, zu entfliehen. Er hatte sich nach Genf gewendet, wo er viel mit dem ebenfalls aus dem Gefängniß entflohenen Fürsten Kropotkin verkehrte. Seit einigen Monaten erst lebte er in Zürich, wo er als Chemiker in dem Laboratorium des Polytechnikums arbeitete. Unter den Genossen hieß es, er hätte ein neues Sprengmittel erfunden, Genaues wußte man indeß nicht, denn er war ein schweigsamer und zurückhaltender Mann.

An theoretischen Discussionen betheiligte er sich nie, er belächelte sie. Aber trotzdem schenkte er ihnen sein Ohr und im gegebenen Moment fuhr er mit einem schneidigen Ausspruch dazwischen, der eine Verurtheilung enthielt oder ein Vorwärtsdrängen zur That.

Er war eine ganz activ angelegte Natur, wie Tania, und die beiden verstanden sich wohl. Beide brustkrank, wußten sie, daß ihre Zeit gemessen war, und doch mußten sie resigniren und warten.

Als Tania hustete und ihr Sacktuch gegen den Mund führte, blickte er mit finsteren Augen zu ihr hinüber.

„Warum rauchst Du?“ fragte er, „hast Du mein Mittel genommen, das ich Dir gegeben habe?“

„Nein“, sagte sie kurz, dann fast höhnisch, „meinst Du, daß Du mit Deinem Mittelchen mir helfen könntest?

Er zuckte die Achseln: „Wollen und Können ist zweierlei, wir können nicht viel, und thun nicht einmal das, was wir können.“

Dankend nahm er das Glas Thee aus der Hand Helenens und stellte es zwischen seine Beine auf die Commode.

Die Conversation hatte sich bisher leichtflüssig in heiteren Bahnen bewegt, jetzt nahm sie eine andere und ernstere Wendung.

Ostrowski sprach von dem Grad der Unzufriedenheit, die bereits alle Reihen erfüllte, die sich noch immer steigere, da alles Hoffen und Harren auf die allerdringendsten Reformen vergeblich sei. Er berichtete voll Schadenfreude, daß jetzt selbst die liberalen Zeitungen die Einberufung einer Landesversammlung verlangten. Natürlich thaten sie es, wie immer, in einem schüchternen servilen Ton und ebenso natürlich verharrte die Regierung auf ihrem Standpunkt und antwortete ihnen, daß Rußland noch nicht reif für Reformen sei.

„Nicht reif! hört Ihr's.“ Ostrowski verzog seinen Mund ironisch nach einer Seite hin. „Die Intelligenz Rußlands soll nicht reif sein zur Mitwirkung an den Staatsgeschäften, aber Rußlands durchfaulte und corrumpirte Beamtenschaft, die ist reif, die besitzt das Verständniß für die Bedürfnisse des Volkes, die ist würdig des Vertrauens der Regierung!“ Er begann sich die Hände zu reiben, während seine Augen noch kleiner wurden, aber um so intensiver aus den tiefen Höhlen hervorfunkelten.

„Nur fort so, nur zu! Die Regierung sorgt dafür, daß die Empörung immer noch wächst und zu einer unüberwindlichen Macht wird.“

„Ich sehe, Ihr wollt darauf warten, bis sie sich selber ihr Grab gegraben hat“, krächzte der kleine Rewolin.

(Fortsetzung folgt.)

ein unübersteigliches Hinderniß für Zehntausende socialdemokratischer Wähler ist, ihrer Ueberzeugung gemäß zu stimmen, wer wird dies bestreiten? Es ist also einfach unmöglich, daß wir bei dem preußischen Dreiklassenwahlsystem auch nur annähernd dieselben Erfolge erzielen, die wir bei den Reichstagswahlen durch die Tactik einheimsen, in allen Wahlkreisen in erster Linie für socialdemokratische Candidaten einzutreten.

Was sollen wir also thun? Wie sollen wir uns verhalten? Auf diese Fragen giebt Auer folgende Antwort: Ich bin der Ansicht, daß für unsere Partei kein Grund vorliegt, gelegentlich der nächsten preußischen Landtagswahlen selbstständig in die Wahlagitation einzutreten. Dagegen stimme ich allerdings aus vollem Herzen dem Vorschlage zu, unsererseits nach Kräften mitzuhelfen, daß die junkerlich-reactionären Mächte aus ihrer dominirenden Stellung verdrängt und, wenn es möglich ist, ganz aus dem Felde geschlagen werden.

Dies zu erreichen steht in unserer Macht; nur müssen wir darauf verzichten, daß uns die Freisinnigen zum Dank für gewährte Hilfe gnädigst ein paar Mandate überlassen. Wir können das erstere Ziel erreichen, ohne daß wir unsere Stellung, die wir den linksstehenden Parteien gegenüber bisher bei den Reichstagswahlen eingenommen haben, im Geringsten zu ändern brauchen. Dies geschieht, indem wir unsere Genossen auffordern, den Wahlmännern jener Parteien ihre Stimme zu geben, die uns Garantien bieten, daß sie zu weiteren reactionären Maßnahmen ihre Zustimmung nicht geben und daß sie für die Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts und für Einführung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts eintreten werden.

Eine solche Stellungnahme unsererseits wird die linke Seite des Abgeordnetenhauses wesentlich stärken und das Junkerübergewicht zurückdrängen; sie wird aber auch der Linken die Bedeutung der klassenbewußten Arbeiterschaft zum Bewußtsein bringen, ohne daß unsere Partei irgendwo in die Rolle des dankbar Empfangenden gedrängt wird, oder sich den Unannehmlichkeiten und Gefahren aussetzt, die mit jedem Compromiß verknüpft sind.

Erreichen wir so den Zweck, um den die ganze Bewegung jetzt eingeleitet worden ist, so vermeiden wir gleichzeitig erhebliche Nachteile. Erstens bringen wir nicht unnöthig die erheblichen Geldopfer, die für ein selbstständiges Eingreifen in den Wahlkampf unbedingt, aber mit sehr zweifelhaftem Erfolge, aufgewendet werden müßten; und zweitens setzen wir unsere Parteigenossen nicht den vielfachen Chikanen des preußischen Wahlgesetzes aus — eine Thatsache, die bei ungenügender Kenntniß dieses Gesetzes vielfach unterschätzt wird.

Zusammenfassend sagt Genosse Auer schließlich: „Soll es also dabei bleiben, daß unsere Betheiligung bei den nächsten Landtagswahlen vor Allem den Zweck verfolgt, die Junkerherrlichkeit zu dämpfen — und nur dieser Gedanke hat in unseren Reihen eingeschlagen und allgemeinen Beifall gefunden — dann ist ein allgemeines, selbstständiges Eintreten unsererseits in Wahlkampf durchaus nicht nothwendig. Diese Nothwendigkeit würde erst Platz greifen, wenn die Partei sich wirklich entschließen sollte, Wahlbündnisse mit anderen Parteien zu schließen. Ehe wir aber dazu kommen, müßten die Bedenken, die in Köln so drastisch zum Ausdruck kamen und zu den angeführten Beschlüssen führten, erst gründlicher widerlegt werden, als dies bisher geschehen ist."

Zu einer ganz ähnlichen Anschauung wie Genosse Auer bekennt sich unser Hamburger Parteiorgan, das „Echo", indem es ausführt:

„Bruch der Junkermacht im preußischen Abgeordnetenhause — das ist der einzig richtige Gesichtspunkt, von dem aus die Socialdemokratie an die Frage der Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen herantreten kann. Inzwischen ist die Frage in der Parteipresse ventilirt worden und es ist mehrfach dabei eine vollständige Verschiebung des ursprünglichen Gedankens eingetreten, indem die Betheiligung erfolgen solle, müsse sie eine durchaus selbständige sein, um in erster Linie socialdemokratische Propaganda zu treiben.

Dieser Standpunkt ist ein durchaus falscher; er läßt die Bedingungen, unter welchen die Wahlbetheiligung stattfindet, ganz außer Rücksicht. Die indirecte Wahl und die Oeffentlichkeit der Wahl machen die Erreichung des Propagandazweckes in den Landtagswahlen für die Socialdemokratie einfach zur Unmöglichkeit, bringen aber andererseits nicht unerhebliche Gefahren. Das ist schon in den auf dem Kölner Parteitage beschlossenen Resolutionen ausgesprochen, und nach dieser Seite hat sich seitdem durchaus nichts geändert. Wohl aber haben die in dem preußischen Landtag verübten Gewaltakte der Reaction gelehrt, daß es im Interesse der Arbeiterklasse liegt, den Einfluß der Junker, den preußischen Junkern, und Machthabern die Flügel zu beschneiden. Das können wir nicht dadurch erreichen, daß Socialdemokraten in die Wahlen [illegible] reden, wohl aber durch Stärkung der bürgerlichen Opposition. Darauf allein würde [illegible] Socialdemokratische Abgeordnete würde immer nur auf dem Wege des Compromisses gewählt werden können [illegible] Bruch der Junkermacht, ist aber sehr wohl [illegible] den Schwierigkeiten und Gefahren zu entgehen."

Politische Rundschau

— Die Treffen auf die Nationalliberalen beginnt. Die „Rhein.-Westf. Ztg." theilt mit: „Sie [illegible] Kundgebung der preußisch-[illegible]

industrie zu Gunsten der Annahme des Vereinsgesetzes durch das Abgeordnetenhaus nach den Beschlüssen des Herrenhauses an die Oeffentlichkeit treten."

Die um Stumm und Bueck machen mobil. Ein halbes Dutzend nationalliberale Stimmen ist ihr Kampfziel. Die Situation für die Herren Nationalliberalen wird recht ungemüthlich werden. Wohin sich wenden? Das Knebelgesetz annehmen, dem unangenehmen Recke einen Triumph gewähren, die Conservativen stützen und zu weiteren reactionären Vorstößen ermuthigen, eine unübersehbare Aera der Junkerei und Muckerei heraufbeschwören — oder das Knebelgesetz zu Fall bringen, die eingewurzelten Unterdrückungsgelüste ablegen, der Arbeiterbewegung freie Entfaltung gönnen — das ist die Frage!

Auch die conservative Presse beginnt mit vermehrtem Druck zu arbeiten. Die „Berliner Neuesten Nachrichten", das Bismarck-Kardorff-Blatt, ziehen alle Register von sanfter Berückung bis zur pathetischen Einschüchterung. Freilich neues wissen sie den Nationalliberalen nicht zu sagen. Sie erinnern daran daß Bennigsen sich 1878 für Verschärfung des Vereinsgesetzes ausgesprochen habe, worauf ihnen die Nationalliberalen prompt erwidern dürften, daß die Conservativen im Tivoli 1892 eine Ausnahmegesetzgebung gegen die Socialdemokratie zurückgewiesen haben. Weiter wiederholen die „Berl. N. Nachr." das abgestandene Gewähr von der Gefährlichkeit der Socialdemokratie, die keineswegs milder geworden sei. Andererseits soll gar nicht zu verstehen sein, warum man jetzt fortwährend von „Reaction" rede. „Was ist überhaupt Reaction?" fragt das Blatt und beantwortet seine Frage wie folgt:

„Ein Schlagwort unter dem man sich alles Mögliche denken kann, bei dem aber der deutsche Philister, aus dem die große Mehrheit [illegible] besteht, sich ungefähr soviel denkt, wie die wirklichen Kinder beim „Knecht Ruprecht" oder beim „schwarzen Mann". Von „Reaction" konnte man allenfalls in den fünfziger Jahren reden, als es eine starke und einflußreiche Partei gab, die das [illegible] Verfassungsleben selbst [illegible] rückgängig zu machen [illegible]. Den [illegible] hat kein Geringerer als Fürst Bismarck im August 18[illegible] glänzend und erfolgreich abgewehrt [illegible] „Reaction" in Preußen gar keine [illegible] mehr [illegible], wenn es sich um ein [illegible] handelt, wie es in „liberal" regierten deutschen Staaten zu Zeiten [illegible], nachdem es von liberalen Regierungen jeden Tag im vollen Umfange zur Anwendung gebracht wird."

Nun weiß man es genau. Reaction giebt es nicht in Preußen-Deutschland. Reaction ist nicht zu befürchten. Haben nicht die „Berliner Neuesten Nachrichten" Tags zuvor selbst die reactionären Bestrebungen auf dem Gebiete des Vereinsrechts zurückgewiesen? Haben sie sich nicht selbst durch den „schwarzen Mann" gruselich machen lassen? Doch das ist ja das allerwenigste.

Reaction giebt es nicht — es ist Schwindel! Wir haben keine Agrarier, welche das Volk noch mehr, als bisher schon, [illegible] machen wollen durch Beseitigung der Handelsverträge und keine Kartelle [illegible], die die Industrie und alles Erwerbsleben durch Währungs[illegible] schädigen wollen. Wir haben keine Unterdrückungsgelüste, welche jede freie Regung der Volksseele unterbinden möchten und das patriarchalische Regiment wieder heraufbeschwören möchten. Wir haben keine Stumm[illegible] und Kardorffs, welche das Reichstagswahlrecht beschränken und unterwerfen wollen. Das ist alles „Knecht Ruprecht" für gehorsame Kinder.

Etwas vernünftiger müßte man schon den Nationalliberalen zureden, wenn man sie zum Umfall überreden will und wenn sie nicht schon umfallsbereit sind. [illegible]

— Das bisherige Ergebniß der Re[illegible]

[illegible]

— Ein Reichsschatzsecretär gesucht. [illegible]

[illegible]

— Daß von Tirpitz [illegible]

[illegible]

— [illegible]

[illegible]

Höchstgehalt und persönlichen Zulagen, auch darin, daß das im Richteramt erst nach 28 Jahren 11 Monaten erreichte Höchstgehalt in den anderen Ressorts um fast acht Jahre früher erreicht wird. Ist es wesentlich dank den von den Conservativen hinter den Coulissen wie im Abgeordnetenhause bethätigten Bemühungen gelungen, den richterlichen Beruf in der Gehaltsfrage zurückzudrängen, so macht das einen gewissen Unmuth begreiflich. . . ."

Um wie viel mehr Grund zur Unzufriedenheit haben aber die unteren Gerichts- und sonstigen Staatsbeamten, sowie die Arbeiter im Staatsdienst. Doch für diese alle gab und giebt es im preußischen Landtag keinen energievollen Fürsprech.

— Das Semsam-Oel, welches nach den Ausführungsbestimmungen zum Margarinegesetz der Margarine zu mindestens einem Zehntel, dem Margarine-Käse zu mindestens einem Zwanzigstel der dabei verwandten Fette und Oele zugesetzt werden muß, ist nicht ein bezüglich seiner gesundheitlichen Einwirkungen zweifelhafter fremder Zusatz, sondern ein Stoff, der in der Margarinefabrikation ohnehin bereits Verwendung findet. Ueberdies ist Sesam-Oel, das aus dem Samen des Sesamkrautes gepreßt wird, wohlschmeckend. Der Nachweis, daß Sesam-Oel vorhanden ist, kann auch von Laien vorgenommen werden, da es beim Zusammentreffen mit Rohrzucker und Salzsäure oder Schwefelsäure eine rothe Färbung giebt. Rohrzucker und Salzsäure sind leicht erhältlich. Unter diesen Umständen erscheint aber die Bestimmung des Gesetzes bezüglich der Trennung der Verkaufsräume, welche am 1. April 1898 in Kraft treten soll, als gänzlich überflüssig.

— Der Landtag für Schwarzburg-Sondershausen hat in seiner letzten Sitzung am vorigen Sonnabend den Antrag der Abgeordneten Köhn, Schwabe, Weberstedt mit 8 gegen 5 Stimmen angenommen, der dahin geht, die Staatsregierung zu ersuchen, im Laufe der Finanzperiode einen Entwurf vorzulegen, der die Einführung des geheimen Wahlverfahrens bezweckt. — Ein weißer Rabe!

— Die Lipper haben endlich einen rechtmäßigen Landesherrn! Die „Schaumburg-Lippische Landesztg." theilt mit, daß das zur Entscheidung in der lippeschen Thronfolgefrage eingesetzte Schiedsgericht die Ansprüche des Grafen Ernst zur Lippe-Biesterfeld anerkannt habe. Der betreffende Schiedsspruch ist unterzeichnet und wird morgen zugestellt werden. — Damit sind die Ansprüche des Schwagers des Kaisers, Prinzen Max von Schaumburg-Lippe, zurückgewiesen und mit der Regentschaft des Herrn hat es ein Ende.

— Unterm Zickzackkurs wurden im Monat Juni gegen Socialdemokraten erkannt auf insgesammt 1211 Mark Geld- und 3 Jahre, 9 Monate, 1 Woche und 3 Tage Gefängnißstrafe.

Italien.

Rom, 7. Juli. Die Polizei hat in vergangener Nacht eine Reihe angeblicher Anarchisten und Mitverschwörer des Attentäters Acciarito verhaftet. Darunter befindet sich auch der Redacteur des socialistischen „Avanti". — Das ist natürlich ein vollendeter Schurkenstreich der italienischen Polizei. Ein Socialist hat mit dem „Attentat" gerade so wenig zu thun, wie der „Beattentäterte" selbst.

Frankreich.

Das Geld für Faure's Rußlandreise ist von der Kammer bewilligt. Kranz erstattete den Commissions-Bericht über die Creditvorlage und beantragte die Dringlichkeit und die unverzügliche Berathung der Vorlage, die von der Kammer auch beschlossen wurde. Der socialistische Abgeordnete Dejeante bekämpfte den Antrag und rief dabei aus: „Die Republik ist in Frankreich nicht ausgerufen worden, um der Tyrannei zu huldigen; der russische Kaiser ladet den Präsidenten der Republik offenbar nicht ein, um die republikanischen Grundsätze zu verbreiten. Frankreichs Geld wäre besser für die Nothleidenden verwendet, als für eine russische Reise vergeudet." (Großer Lärm.) Vorsitzender Brisson: „Von Vergeudung kann keine Rede sein, wenn es sich darum handelt, einen Höflichkeits- und Freundschaftsbesuch zu erwidern, der Frankreich glücklich und stolz gemacht hat." (!!) (Händeklatschen.) Renou beantragt die halbe Million für unbeschäftigte Arbeiter zu verwenden. (Großer Lärm. Rufe: Alberne Späße! Schämen Sie sich!) Faberot: „Ich wundere mich über diese Zwischenrufe; wir sind hier Viele, die Faures Besuch beim Zaren nicht wollen." Jaurès: „Im Grunde bedauern alle diesen Besuch." (Lärm.) Faberot: „Faures Reise ist die Folge der französischen Reise des Töters Rußlands . . . (Ungeheurer Lärm.) Vorsitzender Brisson: „Ich will Ihren Ausdruck nicht gehört haben; seien Sie sicher, daß im ganzen Lande jeder einzelne Franzose gegen dieses einzelne Wort Empörung fühlt." Faberot: „Ich bin anderer Meinung und glaube, die Wähler werden mit der Bestimmung, die Sie einer halben Million geben, zu[illegible]" Der Antrag Renou wurde hierauf ohne Stimmenzählung abgelehnt und die Geldforderung mit 447 gegen 26 socialistische Stimmen bewilligt.

Türkei.

Konstantinopel, 7. Juli. Die Botschafter überreichten der Pforte ein Memorandum mit der kategorischen Aufforderung, zu der von den Militärattachés beschlossenen Grenzregulirung definitive Stellung zu nehmen, da sonst die gemeinsamen Verhandlungen nicht aufgenommen werden könnten. Thatsächlich hatten die Conferenzen bisher keinen Erfolg in Folge des offenen Widerstrebens der türkischen Delegirten, die trotz der [illegible] keinerlei Concessionen zugestehen wollen. Der Großvezir erklärte, die Offiziere der gesammten Occupations-Armee weigern sich, Thessalien mit Truppen [illegible] zu verlassen.

Partei-Angelegenheiten.

Mannheim, [illegible] Juli. Genosse Stadtverordneter Süßkind wurde gestern in Haft genommen, weil er sich angeblich gegen den § [illegible] des Reichsstrafgesetzbuches (Meineid) vergangen haben soll.

Wie die „Volksstimme" in Erfahrung gebracht, handelt es sich um die bekannte Gewerbegerichts-Affaire, wegen der seiner Zeit eine Untersuchung geführt wurde, und in der Süßkind zeugeneidliche Aussagen gemacht hat. Die Verhaftung erfolgte auf Grund einer Denunciation eines von ihm wegen geschäftlicher Differenzen entlassenen Zuschneiders Namens Bertsch und soll auf einen Racheact zurückzuführen sein.

Arbeiterbewegung.

Die Betheiligung der Gewerkschaften an dem Internationalen Congreß für Arbeiterschutz in Zürich empfiehlt die Generalcommission in der letzten Nummer des „Correspondenzblattes". Sie spricht sich aber nur für eine mäßige Beschickung aus.

Die Zimmerer Berlins und der Vororte befinden sich seit dem 6. Juli von Neuem im Kampfe um die Besserstellung ihrer wirthschaftlichen Lage. Die Versuche, neben der neunstündigen Arbeitszeit den Stundenlohn von 60 Pf. auf gütlichem Wege einzuführen, scheiterten an der Halsstarrigkeit der Unternehmer, welche mit allen Mitteln versuchen, Arbeitskräfte aus den Provinzen nach Berlin zu locken, um die Arbeiter zum Nachgeben zu zwingen.

Unter den Bergarbeitern im Meuselwitzer Revier regt es sich in Folge des Vorgehens der Bergarbeiter in den Nachbargebieten, doch wird es hier jedenfalls nicht zu einem Streik kommen. Die hauptsächlichen Forderungen, welche in dieser Woche überall eingereicht werden sollen, lauten: 10stündige Arbeitszeit (jetzt beträgt sie 11—13 Stunden), Beseitigung der Ueberstunden und Bewilligung eines Tagelohnes von 4 Mk. bezw. 3,60 Mk. im Durchschnitt, für die übrigen beschäftigten Personen 2,70 Mk.

Dem Centralverbande der Töpfer Deutschlands schließen sich die Töpfer Berlins an. Eine von 600 Töpfern besuchte öffentliche Versammlung am 6. Juni erklärte sich mit großer Mehrheit mit den diesbezüglichen Vorschlägen, die seitens der Berliner Commission und der Delegirten des Ausschusses des Centralverbandes gemacht wurden, einverstanden.

Die Böttcherbewegung in Magdeburg hat nach den Mittheilungen des dortigen Partei-Organs einen für die Arbeiter sehr günstigen Abschluß gefunden.

Eine Textilarbeiterversammlung in Crimmitschau wurde aufgelöst, weil das Vorgehen der Polizei im Streik Sellman kritisirt werden sollte. — Eine bequeme Art, die Kritik todt zu machen.

Der Streik der Lübecker Holzarbeiter dauert fort. Die angebahnten Verhandlungen mit dem Möbelfabrikanten-Verein sind resultatlos verlaufen.

Schwarze Listen werden gegenwärtig in Stuttgart mit aller Schärfe angewandt. Der neu gegründete Verband der Metallindustriellen Württembergs, dessen Vorsitzender Commerzienrath Ernst Kuhn ist, will hinter seinem norddeutschen Bruderverband nicht zurückstehen. Aus Anlaß eines Streiks wurden sämmtliche Ausständige auf die schwarze Liste gesetzt.

Der Maurerausstand in Speyer soll nach bürgerlichen Meldungen beendet sein. Den Arbeitern wurde eine Lohnerhöhung zugebilligt.

Aus London meldet der Telegraph: Nachdem die Arbeitgeber 25 pCt. der Mechaniker entlassen, hat die Föderation der Mechaniker beschlossen, auch alle übrigen Mechaniker für ausständig zu erklären.

Kleine Rundschau.

Begnadigung. Gegen die Studenten der Rechte Warmbrunn und Rosenkranz waren von der Insterburger Strafkammer wegen Herausforderung zum Zweikampf beziehungsweise Cartelltragens Strafen von drei Tagen beziehungsweise einem Tage Festungshaft erkannt worden. Die Strafen sind, wie die „Ostdeutsche Volksztg." meldet, im Gnadenwege in entsprechende Karzerstrafen umgewandelt worden.

Ueber eine That zweier Polizeibeamten wird der „Frankf. Ztg." aus Köln wie folgt berichtet: Großes Aufsehen erregt in der Bürgerschaft die irrige Verhaftung einer Dame durch einen Schutzmann, der eine Razzia abhalten sollte. Er schleppte die Dame von einer der belebtesten Straßen hinweg zum Polizeibureau. Das zu Tode erschreckte Fräulein ging auch mit; sie hoffte, es werde sich Alles aufklären, da der Weg zum Polizeipräsidium an dem Hause ihrer Eltern vorbeiführte. Hier erklärte die Dame dem Beamten, in diesem Hause wohnten ihre Eltern, er solle sich vergewissern. Sie ging nunmehr nicht weiter mit. Der Beamte ging darauf nicht ein, und als die junge Dame sich zur Wehr setzte, wurde sie von dem Schutzmann und zwei hinzugekommenen Collegen schwer mißhandelt. Die herbeieilende Mutter der Dame wurde von dem Beamten zurückgestoßen, ebenso ergieng es einer größeren Ansammlung von Personen, die sich der jungen Dame annehmen wollten. Der Vorgang erregte einen großen Massenauflauf. Dem inzwischen hinzugerufenen Vater gelang es nur schwer, auf dem Polizeipräsidium seine Tochter ausgeliefert zu erhalten. Die junge Dame liegt erkrankt darnieder und hat die Sprache verloren. Der Arzt fürchtet für ihr Leben. Der Vater hat bei der Staatsanwaltschaft wegen thätlicher Beleidigung Strafantrag gestellt.

Erfurt, 6. Juli. Der Thürmer des hiesigen Nicolaithurmes stürzte vergangene Nacht ab und war sofort todt.

Der durch die Unwetter vom 1. bis 3. Juli im württembergischen Unterlande angerichtete Schaden wird amtlich auf **18** Millionen Mark geschätzt.

Wie der Mülhäuser „Erzerzh" meldet, versetzte der 24jährige Fabrikarbeiter Gsell, welcher erst kurze Zeit verheirathet ist, während eines Streites seiner Frau zwei Messerstiche. Die Frau starb bald darauf im Krankenhause.

Die **österreichischen Grenzbehörden** treffen umfassende Sicherheitsmaßregeln, da in der italienischen Provinz Bergamo die Rinderpest verheerend auftritt. In Korona und anderen Dörfern erkrankten auch viel Personen nach dem Genuß von Fleisch angesteckter Rinder; zwei Personen sind gestorben, andere in Lebensgefahr.

Ueber Ausschreitungen gegen Juden wird aus Wien berichtet: In dem galizischen Städtchen Dolina kam es zu einem ernsten Exzeß gegen die Juden. In Folge eines Wortwechsels mit einem polnischen Schankwirth überfielen Soldaten des dortigen Infanterie-Regiments die jüdischen Häuser und die Synagoge. Und in dem sich entwickelnden Kampfe wurde ein Jude getödtet und ein zweiter tödtlich verwundet. Zahlreiche andere Juden wurden verletzt.

In Kaltern in Südtirol. Jüngst von Bozen brach Dienstag Mittag ein neuer Brand aus, durch welchen zwölf Häuser gänzlich eingeäschert und drei andere beschädigt wurden. Das Feuer wütete im sogenannten „Gugerdorf", dem ältesten Viertel des durch seinen „Sauwein" berühmten Marktes. Es gelang erst am späten Nachmittag, den Brand zu localisiren. — Dienstag ist das am Mugnaiopasse im Fleimsthal gelegene Dorf Dajan vollständig ein Raub der Flammen geworden.

Mailand, 6. Juli. In ganz Italien herrscht andauernd eine unerträgliche Hitze. Es sind meist 41½ Grad C. im Schatten. Hier, in Florenz, Ferrara, Padua und anderen Städten ist kein Eis mehr zu bekommen. Während eines Uebungsmarsches des Alpenjäger-Regiments wurden 21 Mann vom Sonnenstich befallen; ein Corporal blieb sofort todt.

Drei starke Erdstöße wurden in Voltri und Umgegend (Provinz Genua) in der Nacht zum Mittwoch in kurzen Zwischenräumen verspürt. Irgend welcher Schaden wurde nicht angerichtet.

Paris. Die Staatsanwaltschaft hat die strafgerichtliche Untersuchung gegen die Directionen von 12 Porzellanwaaren-Fabriken wegen Waaren-Wuchers eingeleitet. Die Directionen hatten ein Cartell gebildet und mehrere Concurrenten zur Sperrung ihrer Fabriken gezwungen.

Kiew, 6. Juli. Hier kam man großen Unterschlagungen, welche ein Verwaltungsrathsmitglied der Tschechaszkaer Zuckerraffinerien verübt hat, auf die Spur. Der Betreffende hat auch bei anderen Unternehmungen, bei denen er ebenfalls Ehrenstellen bekleidete, Betrügereien in Höhe von 200 000 Rubeln ausgeführt. Er wurde in dem Augenblick verhaftet, als er ins Ausland flüchten wollte.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 8. Juli 1897.

* **Parteiversammlung.** Eine am nächsten Sonntag, Nachmittag 4½ Uhr, bei Kostrowsky stattfindende Partei-Versammlung befaßt sich mit unserer Stellung zu den kommenden Landtagswahlen; der Wichtigkeit der Tagesordnung halber ist der Besuch der Versammlung den Parteigenossen dringend zu empfehlen. (Siehe Inserat.)

* **Die Dienstbotenfrage** erscheint alljährlich mit dem Eintritt der heißen Jahreszeit in den Spalten der bürgerlichen Blätter. So gehaltlos auch die gesammten diesbezüglichen Betrachtungen an sich sind, am dümmsten sind hiervon diejenigen, denen man die „saure Gurke" auf den ersten Blick anmerkt, die aber dem Lesepublikum allen Ernstes aufgetischt werden. So wird z. B. jetzt wieder von einer Köchin — denn eine Köchin muß es schon sein, da eine solche für gewisse Leute noch immer eine Respectsperson ist, indem die „gnädigen Frauen" vom Kochen nichts verstehen und dem „gnädigen Herrn" ein guter „Happen-Pappen" so recht nach dem Schnabel ist — berichtet, die sich vermiethen wollte, vor Abschluß des Vertrages sich aber zwei freie Nachmittage ausbedang, „weil sie gern größere Ausflüge auf ihrem Zweirad mache und des Sonntags es überall so voll sei — nur so gewöhnliches Publikum." — In einem anderen Falle wird berichtet von einer Köchin, die ein unverheiratheter Arzt „miethen" wollte, der sich aber in die Bedingung fügen sollte, daß die Köchin ihr Piano in sein Zimmer stelle! Natürlich sind dies alles plump erfundene Sachen, indessen — manche Leute glauben es doch und scandalisiren nun nach Herzenslust über die Ansprüche der Dienstmädchen im Besonderen und der Arbeiter im Allgemeinen. Und damit ist der Zweck jener Lügen erreicht. Die der Gesindeordnung unterstehenden Hausarbeiterinnen werden gemeinhin noch als rechtlose Sklavinnen betrachtet. Aber auch sie fangen erfreulicher Weise an, ihre Menschenrechte geltend zu machen. Dies wird ihnen natürlich nicht verziehen. Darum trachtet man, sie in Mißcredit zu bringen, ihre Ansprüche als unerhört zu kennzeichnen, wie ja die Forderungen der Arbeiter im Allgemeinen stets als „maßlos" verschrieen werden.

* **Etwas mehr Höflichkeit dem Publikum gegenüber** fordert die „Nat.-Ztg." von den **Behörden**. Sie schreibt: „Es ist noch immer nichts Ungewöhnliches, daß Behörden „an die verehelichte N. N." oder „an die unverehelichte N. N." schreiben, statt sich der Bezeichnung Frau oder Fräulein zu bedienen, und auch das Wort Herr in der Adresse wird häufig für überflüssig erachtet. Daß Jemand, der eine gerichtliche Vorladung erhält, in ihr darauf aufmerksam gemacht wird, er setze sich im Falle des Nichterscheinens der Unannehmlichkeit aus, „vorgeführt" zu werden, ist Behufs der Verhütung von Verzögerungen ganz in der Ordnung; aber es braucht nicht, wie sehr häufig, vermittelst einer gedruckten groben Drohung zu geschehen, die gegenüber manchen „Kunden" der Strafgerichte am Platze sein mag, andere Empfänger derartiger Mittheilungen aber unnöthiger Weise verletzt. Wir verlangen mit die Verbindlichkeit jenes Maires einer kleinen französischen Stadt, der, als er einen Mitbürger schriftlich ersuchte, seine Schweine nicht auf dem Bürgersteig herumlaufen zu lassen, daran die Bitte knüpfte, die Versicherung der ausgezeichneten Hochachtung genehmigen zu wollen, mit der er die Ehre habe, zu sein u. s. w. Aber ein wenig von der überflüssigen Höflichkeit, welche im Verkehr der Behörden untereinander künftig erspart werden soll, könnte dem Verkehr mancher von ihnen mit dem Publikum zu Gute kommen."

* **Städtischer Arbeitsnachweis.** In städtischen Arbeitsnachweise Breitestraße 35 werden männliche und weibliche Arbeiter aller Berufsgattungen unentgeltlich nachgewiesen. Die Arbeitgeber werden hiermit aufmerksam gemacht und ersucht, von dieser gemeinnützigen Einrichtung Gebrauch machen zu wollen, von welcher sie sich bestgeeigneter Erledigung ihrer Aufträge versichern dürfen. Die Frequenz im Monat Juni stellt sich wie folgt: A. Männer: Angebotene Arbeitskräfte: 427. Zur besetzende Stellen: 412. Besetzte Stellen: 362. — Stellung fanden: 336 ungelernte Arbeiter (einschl. Laufs- und Arbeitsburschen, Hausdiener, Kutscher) 20 Handwerker. — B. Frauen: Angebotene Arbeitskräfte 152. Zur besetzende Stellen: 204. Besetzte Stellen: 158. — Stellung fanden: 65 Arbeiter, Wasch- und Scheuerfrauen, 67 Bedienungen, 19 Dienst- und Kindermädchen, 5 Näherinnen, 1 Kochfrau, 1 Schneiderin, 1 Pflegerin, 1 Stütze der Hausfrau.

* **Der Oderspreecanal**, der nun bald fertig werden soll, besitzt an seinem Ausgangspunkte von der Oder (Oderbaufall) einen inneren und einen äußeren Schutzhafen, geht vor der Brücke in das erweiterte Bett der Alten Oder, das er hinter dem Laurentiuskirchhofe verläßt, um als Canal-Graben bis zur Unterschleuse zu gehen, von der aus er wieder das canalisirte Bett der Alten Oder bis zur Ausmündung hinter der Pumpstation am Gehandelberge benutzt.

* **Straßensperrung.** Behufs Umpflasterung ist die Brüderstraße zwischen Fur- und Taurentzienstraße vom 9. d. M. ab auf die Dauer von zehn Tagen für Fahrwerk und Reiter gesperrt worden.

* **Ein Kellerbrand** kam am 7. d. M. im Grundstück Kaiserstraße 27 zum Ausbruch. In dem Keller des linken Seitenflügelgebäudes befand sich ein Lager für Werg und Seegras. Die zu diesem Keller führende Thür wurde kurze Zeit offen gelassen und dieser Umstand wurde von zwei Schulknaben dazu benutzt, die Brennfähigkeit dieser Materialien zu erproben, indem sie Streichhölzer anzündeten und dann an das Stroh und Werg hielten. Die Feuerwehr griff den Brand mit einem Schlauchgang an und beseitigte bald jede Gefahr.

* **Unfall auf der Pferdebahn.** Mit dem ersten nach Pöpelwitz fahrenden Wagen der Pferdebahn verunglückte gestern Morgen der Controleur Gabriel. Er wollte auf der Neupflasterungsstrecke am Kirchhof der freireligiösen Gemeinde das scheuende Pferd des Wagens führen, glitt dabei über einen noch nicht festgelegten Granitwürfel aus und stürzte so unglücklich, daß ihm der Wagen über Oberkörper und Unterleib ging. Der Zustand des Verletzten giebt wenig Hoffnung auf Wiederherstellung.

* **Eine freche Schwindlerin.** Am 3. d. Mts. schickte ein Schneidermeister auf der Schmiedebrücke seine 8 Jahre alte Tochter mit 18 Pfennigen zu einem Einkauf fort. Unterwegs wurde das Kind von einer unbekannten Frauensperson nach der Schuhbrücke gelockt mit dem Bemerken, das Kind möchte eine Stecknadel suchen helfen, die ihr in einem Haus entfallen sei. In dem Haus nahm die freche Person dem Kind das Geld ab, angeblich, um es in Papier zu packen. Sie gab auch dem Kind dann ein kleines Päckchen mit der Anweisung, dasselbe erst im Laden aufzumachen. Als das Kind aber später das Papier auseinanderfaltete, lag das Geld nicht darin. Die Schwindlerin war mittelgroß und trug rothbraunen Rock, rothe Blouse und blauen Hut mit weißen Streifen.

* **Bei einem Einbruch** in eine Wohnung auf der Malergasse wurden gestohlen: eine goldene Uhrkette mit zwei Medaillons, eine Damenuhrkette mit zwei Schiebern, die das Monogramm G. P. trugen, eine silberne Cylinderuhr mit rosa Zifferblatt, eine Weckeruhr, eine Brieftasche. Auf Herbeischaffung dieser Werthsachen und auf Ermittelung der Diebe ist eine Belohnung von 30 Mark ausgesetzt.

* **Vermißt.** Seit dem 3. d. M. ist der 23 Jahre alte Maurer Paul Schmidt aus seiner Wohnung, Berlinerstraße 33a, verschwunden. — Seit dem 30. v. M. wird der 54 Jahre alte Arbeiter Gottfried Fabig vermißt. — Das 9 Jahre alte Mädchen Bertha Schuster, Tochter einer Kreuzstraße 44e wohnenden Wittwe, wird seit dem 5. d. Mts. vermißt.

Provinzielle Rundschau.

* **Zur Grubenkatastrophe in Rosdzin** wird gemeldet, daß am Dienstag, Vormittags 11½ Uhr eine weitere Senkung des Terrains durch einen plötzlichen Ruck erfolgte, welcher in den Haushaltungen das Mobiliar und die Hausgeräthe erzittern ließ. Die Senkung wird übereinstimmend auf etwa 20 Centimeter geschätzt. Ein weiteres allmähliches Sinken findet immer noch statt.

Brieg, 7. Juli. Maurerstreik. Wie bürgerliche Blätter melden, legten gestern etwa 45 bei dem hiesigen Kasernenbau beschäftigte Maurer des Maurermeisters Thiel die Arbeit nieder. Die streikenden Maurer fordern ein Stundenlohn von 28 Pfg., bisher erhielten sie ein solches von 24 Pfg. Bei elfstündiger Arbeitszeit kommen die Maurer auf 2,64 Mark Tageslohn, sie wollen ein solches von wenigstens 3 Mark erlangen.

Reichenbach, 7. Juli. Selbstmord. Der Maurer Vogel aus Olbersdorf, der seine Frau mit der Axt erschlug, ist im Klein-Gütimannsdorfer Walde erhängt aufgefunden worden.

Oppeln, 7. Juli. Gegen den Aussatz. Der Regierungspräsident in Oppeln erläßt eine Polizeiverordnung, betreffend die Anzeigepflicht bei dem Auftreten von Aussatz. Es wird den Eltern, Vormündern u. s. w. die Verpflichtung zugesprochen, bei etwaigem Auftauchen dieser Krankheit sofortige polizeiliche Meldung zu bewirken. Es ist noch zu bemerken, daß die erkrankten Personen zu isoliren und Kinder vom Schulbesuch fernzuhalten sind.

Königshütte, 7. Juli. Auch ein Findelohn. Ein Herr verlor nach der „Königshütter Zeitung" auf dem Wege von Nieder-Heiduk nach Schwientochlowitz, wahrscheinlich beim Herausziehen seiner Cigarrentasche einen Fünfhundertmarkschein. Ein Arbeiter, der ihn einhalte, meldete sich als der Finder, worauf der Herr ihm als Belohnung — 10 Pfennig mit den Worten: „Gegen Sie, trinken Sie einen Schnaps!" überreichte. Eine großartige Belohnung.

Bromberg, 7. Juli. Polnische Demonstration. Aus Mieltschin (Regierungsbezirk Bromberg) wird dem „Posener Tageblatt" geschrieben: „Bei dem am 4. d. Mts. von zur Handwerkerinnung gehörigen Bürgern der Stadt Mieltschin im Stawer Walde veranstalteten Sommerfest ereignete sich ein scandalöser Vorfall. Als der Bürgermeister gegen Schluß des Festes das Kaiserhoch ausbrachte, blieben der katholische Pfarrer Hechmann aus Mielzynek und der katholische Hauptlehrer Sell aus Mieltschin mit bedeckten Häuptern während des Kaiserhochs und während des Absingens der Nationalhymne sitzen, was bei den Anwesenden die größte Entrüstung hervorrief. Gleich darauf wurde von den anwesenden Polen gegen das polizeiliche Verbot ein polnisches Lied angestimmt, so daß der Districtscommissar (aus Strzelkowo) die Feier für geschlossen erklären mußte."

Neueste Nachrichten.

Berlin, 8. Juli. Die „Straßb. Post" meldet: Fürst Hohenlohe hatte den Unterstaatssecretär Dr. Fischer zum Nachfolger v. Stephans vorgeschlagen. Der Kaiser sei aber darauf nicht eingegangen; dann sei ein anderer höherer Postbeamter von dem Reichskanzler vorgeschlagen worden. Die Gegenzeichnung der Ernennung von Podbielskis habe der Fürst nicht abgelehnt, weil er seinen etwaigen Rücktritt nicht von einer Personenfrage habe abhängig machen wollen.

Erfurt, 7. Juli. Der hiesige Maurerstreik ist nach fünfwöchentlicher Dauer zu Gunsten der Streikenden beendet.

Mannheim, 7. Juli. Der wegen Verdachts des Meineids verhaftete socialdemokratische Stadtverordnete Süßkind ist aus der Haft wieder entlassen worden.

Wien, 8. Juli. Nach einer Depesche aus Eger herrscht daselbst eine immense Erregung wegen des erneuerten Verbotes des deutschen Volkstages. Dunkle Gerüchte erhöhen die Erregtheit der deutschen Bevölkerung. Dem nächsten Sonntag wird mit Besorgniß entgegengesehen.

Rom, 7. Juli. Die Wahlprüfungscommission der Kammer erklärte die Wahl Cypriani's für ungiltig, da derselbe nicht wählbar sei.

Candia, 7. Juli. Die Bevölkerung verliert den Glauben an endgiltige Maßnahmen zur Beruhigung der trostlosen Lage. Elend und Verzweiflung sind allgemein.

Washington, 7. Juli. Der Senat hat die Tarifbill mit 45 gegen 28 Stimmen angenommen.

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 7. Juli.

Todesfälle. I. Carl, S. des Fleischers Julius Halm, 5 M. — Schmied Adolf Redel, 71 J. — Tischler Josef Bernard, 43 J. — Arbeiter Paul Stusch, 39 J. — Lackiereswitwe Bertha Redel, geb. Scholz, 62 J. — Julius, S. des Schlossers Julius Grieich, 3 Stunden. — Adolf, S. des Arbeiters Hermann Sauermann, 2 J. — II. Emma, T. des Kaufmanns Carl Knetsch, 3 W. — Helene, T. des Hausbesitzers Johann Peter, 5 M. — Ernst, S. des Hausbesitzers Ernst Max, 6 M. — Zimmermann Carl Sabisch, 47 J. — III. Hubert, S. des Kaufmanns August Hans, 3 M. — Elise, T. des Schmiedes Ernst Schdlauske, 10 W. — Gesichtsmeidsfrau Anna Badke, geb. Gaße, 56 J. — Arbeiterswittwe Christiane Pienzel, geb. Wirchas, 56 J. — Karl, S. des Arbeiters Ernst Haude 9 M.

Gebr. Roesler's Brauerei.
Täglich:
Gr. Frei-Concert
der
Bersaglierie-Kapelle
aus Rom.
Musikdirektor Berlingeri.

Eine Wohlthat

in der heißen Jahreszeit ist ein leichter Anzug, und sind solche in reichhaltigster Auswahl bei unterzeichneter Firma vorhanden.

Beige-Anzug
in modefarbe und grau, elegantes und leichtes Tragen.

Leinen-Anzug
in den apartesten Mustern, garantirt waschecht.

Schul-Anzug
praktisch, in allen Farben vorräthig, im Tragen unverwüstlich.

Jackets
in Turntuch und Lustre, Jagdjoppe und Hitzableiter.
einzelne Beinkleider
für jede Figur.

Staubmäntel
in allen Preislagen vorräthig.

S. Hurtig

I. Etg., Ohlauerstr. 84. I. Etg.
Eingang Schuhbrücke.

Grosser Umsatz! Kleiner Verdienst!

J. Schoenfeld

Herren- und Knaben-Garderobe

von nur dauerhaften Stoffen, gediegener Arbeit und vorzüglichem Schnitt, in grosser Auswahl, liefert bei streng reeller und billigster Bedienung

Zur silbernen 19. **J. Schönfeld,** Zur silbernen 19

Schmiedebrücke 19

Grosser Umsatz! Kleiner Verdienst!

Achtung! Parteigenossen! Achtung!

Oeffentliche Männer- und Frauen-Versammlung!

Sonntag, den 11. Juli, Nachmittags 4½ Uhr
im Lokale des Herrn **Kostrowsky,** Lohestraße 100.

Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme zu den Landtagswahlen. Referent: Genosse **Schütz.** 2. Diskussion.

Entrée 10 Pf. Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Einberufer.**

Rohtabake

ca. 9 Monate Ausverkaufspreise, also colossal billig nur gegen baar oder Nachnahme:

Carmen, Rieserblatt Pfd. 115 bis 130 Pf.
Java-Umbl., sehr gross 125 Pf.
Domingo, gross und gutbr., 110 Pf.
Brasil 85 bis 160 Pf.
Pfälzer 68 bis 80 Pf.
Märker 70 u. 76 Pf.
Sumatras 140 bis 400 Pf.

Jeder spart viel Geld, der bei mir kauft,
Albert Kramolowsky.
Breslau, Ring 60.

Ad. Seiffert, Rosenthal (Neues Local).

Sonnabend, den 10. Juli 1897:

II. Stiftungs-Fest

der Zahlstelle Breslau des Verbandes der Bau-, Erd- und gewerbl. Hilfsarbeiter Deutschlands
unter Mitwirkung des beliebten Gesangshumoristen Herrn **Kühn.**
Bei günstiger Witterung um 12 Uhr:
Große Polonaise durch den prachtvoll erleuchteten Garten.
Tanz frei. **Tanz frei.**
Nach Schluß des Festes: **Gemeinschaftlicher Ausflug nach Cosel.**
Kassneröffnung 6 Uhr. Anfang 7 Uhr.
Entree im Vorverkauf: Herr incl. Dame 60 Pfg., einz. Dame 30 Pfg.
An der Kasse: " " 70 Pfg., " " 30 Pfg.
Es laden ergebenst ein **Der Vorstand.**

Ortskrankenkasse des Vergoldergewerbes zu Breslau

Außerordentliche

Generalversammlung

Sonnabend, den 17. Juli 1897, Abends 8½ Uhr
in dem Kaffeelokal Hummerei 36.

Tagesordnung:
1. Abänderung bezw. Ergänzung der §§ 13, 28, 45 und 62 des Kassenstatuts. 2. Verschiedenes.

Hierzu werden die Herren Arbeitgeber sowie die gewählten Kassen-Mitglieder eingeladen.

Breslau, den [illegible] Juli 1897.

Der Vorstand.

[illegible]

Geschichte der Deutschen Socialdemokratie

von
Franz Mehring.
Erscheint in wöchentl. Lieferungen
à 20 Pfg.
zu beziehen durch die
Exped. der „Volkswacht".

Herren- und Knaben-Garderobe

sowie sämmtliche Arbeitersachen empfiehlt am billigsten
E. Liedecke, Stockgasse 30.

Durch den allerkleinsten Einkauf in

Herren- u. Knaben-Kleidern

wird ein Jeder befriedigt und empfiehlt

die „Goldene 74"

ganz bestimmt in seinem Bekanntenkreise weiter.

Gute Waare fabelhaft billig.

Knaben-Wasch-Hosen	für Mk. 0,50
Sommer-Westen	" " 0,75
Stoff-Westen	" " 1,—
Hitz-Ableiter	" " 1,—
Herren-Wasch-Hosen	" " 1,25
Gute Arbeits-Hosen	" " 1,50
Leder-Hosen	" " 2,—
Burschen-Anzüge	" " 2,50
Gute Knaben-Anzüge	" " 2,75
Herren-Stoff-Hosen	" " 3,—
Herren-Jaquetts	" " 3,50
Herren-Wasch-Anzüge	" " 5,—
Knaben-Sammet-Anzüge	" " 6,—
Herren-Stoff-Anzüge	" " 7,50
Herren-Sommer-Paletots	" " 8,—
Radfahrer-Anzüge	" " 10,—
Bayge-Anzüge	" " 12,—
Kammgarn-Anzüge	" " 15,—
Braut-Anzüge	" " 20,—
Gehrock-Anzüge	" " 25,—

„Goldene 74"

74, Ohlauerstrasse 74.

---

1. Klasse 197. Königl. Preuß. Lotterie.

Ziehung vom 7. Juli 1897. — 1. Tag Vormittag.
Nur die Gewinne über [illegible] Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.)

[illegible]

Die nächste Ziehung beginnt am [illegible] August 1897.

1152

„Enorme Auswahl"

Schuhe	hoch mit Gummizug	von 5,00.
	zum Knöpfen	von 4,50.
	zum Schnüren	von 4,50.
Schuhe	ausgeschnitten	von 2,75.
	do. in farbig	von 2,75.
	in Segeltuch	von 1,85.
Schuhe	in Zeug	von 2,25.
	für Sport	von 3,50.
	für Strand	von 3,50.
Schuhe	mit Gummisohlen	von 1,50.
	fürs Haus	von 1,00.
	für die Reise	von 1,00.

Neu! Schuhwerk für empfindliche Füße. Neu!

Ludwig Herz, Blücherplatz 4.

Bekanntmachung!

In Gemäßheit des § 82 des landwirthschaftlichen Unfall-Versicherungsgesetzes vom 5. Mai 1886 bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß die Heberolle der Section „Stadtkreis Breslau" **der Schlesischen landwirthschaftlichen Berufs-Genossenschaft** für das Jahr 1896, sowie ein Nachtrag hierzu, in der Zeit vom **10. bis einschl. 24. Juli d. Js.** an den Wochentagen während der Amtsstunden Vormittags von 8 bis 1 Uhr und Nachmittags von 3 bis 6 Uhr im Magistrats-Bureau XIII, Herrenstraße 20, II., Zimmer 1, zur Einsicht der Betheiligten ausliegen werden.

Wir weisen darauf hin, daß die Einziehung der Beiträge durch unsere Steuererheber erfolgen wird und daß die Betriebs-Unternehmer binnen einer Frist von zwei Wochen jedoch **unbeschadet der Verpflichtung zur vorläufigen Entrichtung der Beiträge** gegen die Berechnung derselben bei dem Sections-Vorstande, d. i. bei dem Stadt-Ausschuß hierselbst, Einspruch erheben können.

Breslau, den [illegible] Juli 1897.

Der Magistrat

hiesiger Königl. Haupt- und Residenzstadt.

Verantwortlich [illegible] Emil [illegible] — Redaction und Expedition: Neue Graupenstr. 5/6 — Verlag von G. Schütz & Co.; [illegible] — Druck: Breslau.